75. Jahrgang. Nr. 397 — Dienstag, 25. August 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 90 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 18 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 300 Pfg., außerhalb 360 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Englands Konzentrationskabinett gesichert

Bekanntgabe der Ministerliste am Dienstag

London, 24. August. Am frühen Nachmittag versammelten sich sämtliche bisherigen Minister und Unterstaatssekretäre in der Amtswohnung des Ministerpräsidenten, um sich offiziell von Macdonald zu verabschieden.

Gegen 16.15 Uhr begab sich Macdonald zum König und überreichte ihm offiziell seine Demission, worauf ihm der König den Auftrag zur Neubildung der Nationalregierung übertrug. Macdonald war bei dieser Gelegenheit in der Lage, dem König in großen Zügen die hauptsächliche Besetzung des Kabinetts anzudeuten, jedoch liegt eine offizielle Ministerliste bisher nicht vor. Mit ihrer Bekanntgabe ist erst am Dienstag zu rechnen. Die Amtsübergabe der bisherigen Minister an die neuen Minister der Nationalregierung wird stattfinden, sobald die Mitglieder des neuen Kabinetts vom König bestätigt worden sind. Nach den Anstrengungen der letzten Tage bedarf jedoch der König, wie es heißt, einer kurzen Ruhepause, bevor er sich mit weiteren offiziellen Geschäften in Verbindung mit der politischen Lage befassen kann.

Die Verhandlungen über die Verteilung der Ministerämter befinden sich in vollem Gange und werden zweifellos durch die Absicht Macdonalds wesentlich erleichtert, nur 12 oder 14 an Stelle der bisherigen 21 Minister zu ernennen, für die außerdem aus den Reihen aller drei Parteien zahlreiche hervorragende Anwärter vorhanden sind. Es heißt, daß außer Baldwin Neville Chamberlain und Sir Samuel Hoare, auch Lord Hailsham, sowie Sir Herbert Samuel und Lord Reading Ministerposten erhalten werden. Es wird allgemein angenommen, daß Snowden auch dem neuen Kabinett als Schatzkanzler angehören wird.

Besonders bemerkt wurde heute, daß der französische Botschafter gegen 15 Uhr dem Foreign Office einen Besuch abstattete.

Vor seiner Ankunft im Buckinghampalast beantwortete Macdonald eine Frage über den gegenwärtigen Stand der Ereignisse dahin, daß bisher alles so gut gegangen sei, wie man es unter den schwierigen Umständen erwarten konnte.

Ein amtliches Kommuniqué

London, 24. August. Das heute abend ausgegebene amtliche Kommuniqué besagt, daß in den Besprechungen zwischen Macdonald, Baldwin, Samuel und Snowden über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts große Fortschritte erzielt worden seien. Das wesentliche Ziel der neuen Regierung werde sein, die gegenwärtige Krise zu bekämpfen. Sie werde nicht eine Koalitionsregierung im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern vielmehr eine Regierung der Zusammenarbeit zur Erreichung dieses einen Zieles sein. Ist dies geschehen, so würden die politischen Parteien ihre früheren Stellungen wieder einnehmen. Das Parlament, so heißt es in dem Kommuniqué weiter, soll zum 8. September einberufen werden, um das Gleichgewicht des Haushalts ohne Verzögerung wieder herzustellen. Vorschläge zu großen Ausgabensenkungen und zur Anschaffung neuer Mittel auf gerechter Grundlage werden dann dem Unterhaus vorgelegt werden. Da der Handel und die Wohlfahrt nicht nur des britischen Volkes, sondern auch eines großen Teiles der Kulturwelt auf einem wohlfundierten Vertrauen auf das Pfund Sterling beruhen, so wird die neue Regierung alle Maßnahmen ergreifen, die sie zur Aufrechterhaltung dieses Vertrauens für notwendig halten wird.

Berlin zum Rücktritt Macdonalds

Berlin, 24. August. Eine Reihe Berliner Abendblätter beschäftigt sich in ausführlichen Kommentaren mit der englischen Regierungskrise. Der sozialdemokratische „Abend", der die jetzige Situation Macdonalds mit den letzten Tagen des Kabinetts Hermann Müller vergleicht, nennt den Sturz der englischen Arbeiterregierung ein wahrhaft tragisches Ereignis. Durch die Wirtschaftskrise sei das Kabinett Macdonald vor eine Frage gestellt worden, die unvermeidlich gewordenen Ersparnisse auf Kosten des Sozialetats selber vorzunehmen, und sie dadurch vielleicht milder zu gestalten, oder sich zu weigern, eine solche Ausgabe zu übernehmen und damit die politische Krise herbeizuführen. Was der Rücktritt der Arbeiterregierung für die ganze Welt bedeute, dessen werde man gewahr, wenn man nur an die Abrüstungskonferenz erinnere, als deren Vorsitzender Henderson in Aussicht genommen sei.

Das Schicksal dieser weltwichtigen Konferenz erscheine jetzt noch dunkler als zuvor.

Die „Germania" verweist darauf, daß das Kabinett Macdonald nicht durch seine politischen Gegner zu Fall gebracht worden sei. In diesem Falle sei das Zusammenarbeiten mit der Opposition gerade in den letzten Tagen in London vorbildlich gewesen.

Der Kampf in London gehe augenblicklich schlechthin um die Aufrechterhaltung des englischen Kredits und um die Stabilität der Währung.

Die „DAZ." verweist auf die Parallelität der englischen Krise und der deutschen. Das Erdbeben habe auf England übergegriffen. Das nämliche Problem wie in Deutschland: Ueberhöhung der Staatsausgaben, Riesendefizit im Haushalt, durch Jahre hindurch verschleiert, indem die Steuerkraft bis zum äußersten angespannt worden sei. An anderer Stelle würdigt das Blatt Macdonald. Man müsse feststellen, daß Macdonald und mit ihm Snowden den Mut gehabt hätten, das Vaterland über die Partei zu stellen.

Der „Lokalanzeiger" sieht in der englischen Krise einen Beweis dafür, daß

selbst ein so gemäßigter Sozialismus, wie es der der englischen Labourparty ist, außerstande sei, wirtschaftlicher Schwierigkeiten Herr zu werden.

In keiner Weise sei abzusehen, ob das kommende Kabinett die von Deutschland aus stets betonte, im Auslande aber häufig übersehene wirtschaftliche Verflechtung der Weltwirtschaft mit Deutschland ebenso zwingend sehen werde, wie das die Labourregierung getan habe. Wenn auch, wie geplant, Macdonald die kommende „nationale Regierung" in England führen soll, so werde der Kurs von der Konservativen Partei bestimmt werden.

An die Stelle einer leidlichen Gewißheit für Deutschland sei zunächst eine völlige Ungewißheit getreten.

Daß dies keine Erleichterung unserer Lage bedeute, bedürfe keiner Ausführung.

Die „Börsenzeitung" hält es für zweifelhaft, ob die Arbeiterpartei geschlossen die neue Regierung unterstützen werde. Die englische Krise sei eine Folge der Weltkrise, und wenn auch die wachsende Selbständigkeit der englischen Dominions eine Rolle spiele, so könne man doch sagen, daß

die durch den Reparationswahnsinn erzeugte Blutstockung im Körper der Welt die englische Krise maßgebend beeinflußt habe.

England ernte jetzt die Folgen seiner eigenen Politik. Abermals und in besonders drastischer Weise werde offenkundig, daß es unmöglich sei, den jetzigen Zustand der Welt noch länger aufrechtzuerhalten.

Henderson und die Abrüstungskonferenz

London, 24. August. Im Zusammenhang mit dem Austritt Hendersons aus dem Kabinett und seinem Uebergang zur Opposition wurde die Befürchtung laut, daß er sein Amt als Vorsitzender der kommenden Weltabrüstungskonferenz automatisch verlieren und dadurch das Zustandekommen der Konferenz gefährden würde. Demgegenüber wird daran erinnert, daß er nicht in seiner Eigenschaft als Außenminister oder als Mitglied der Arbeiterpartei zum Vorsitzenden gewählt wurde, sondern die Wahl ad personam erfolgte. Anderseits wird aber zugegeben, daß sein Austritt aus der Regierung ohne Zweifel die sich in verschiedenen Ländern geltend machenden Bestrebungen zugunsten einer Verschiebung des Termins für den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz stärken dürfte.

Amerikas Kreditangebot an England

London, 24. August. Die Exchange Telegraph Company meldet aus Washington, daß der Federal Reserve Board bereit sei, England notfalls weitere Kredite zu gewähren, um ihm über die gegenwärtige Notlage hinwegzuhelfen. — Die Nachricht von der Bildung einer Nationalregierung hat auf der Londoner Börse eine sehr beruhigende Wirkung ausgeübt.

Die Neuyorker Beratungen über die Stillhaltung

Neuyork, 24. August. Die an der Stillhaltung interessierten Bankiers hielten heute wieder in dem Gebäude der Bundesreservebank eine Konferenz ab. Auf dieser kamen in erster Linie einige Punkte des Layton-Berichtes zur Besprechung, die bisher noch nicht ganz geklärt waren und über die inzwischen weitere Aufklärung auf dem Kabelwege von Basel eingetroffen war. Obwohl noch keine offizielle Aeußerung darüber vorlag, wurde in maßgebenden Kreisen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Neuyorker Bankierausschuß von den übrigen beteiligten amerikanischen Banken zur Annahme des Layton-Berichtes ermächtigt werden würde.

Reichskanzler Dr. Brüning in Stuttgart. Der Reichskanzler ist am Montag kurz nach 17 Uhr in Stuttgart eingetroffen, wo er Gast des Staatspräsidenten Dr. Bolz sein wird.

Die Länder im Zeichen des Artikels 48

Eine unselig grausame Ironie des Schicksals lastet über unseren Gedenkfeiern. Vor wenigen Wochen gedachten wir des Reichsfreiherrn vom Stein, des Vaters der deutschen Selbstverwaltung, jenes großen Gedankens, wonach die Bürger der Städte selbst über die Verwaltung und das Steuerwesen ihrer Gemeinde beschließen und wachen sollten. Nach dem ersten Stoß, den die Steinsche Selbstverwaltung durch den Steuerunitarismus Erzbergers erlitten hat, ist sie ausgerechnet in den Tagen des Gedenkens an ihren Urheber sang- und klanglos nahezu völlig verschwunden. Trotzdem ließ es sich unsere Linke nicht nehmen, den stolzen Vorbereiter der Befreiungskriege, den glühenden Nationalisten und Kämpfer gegen das System schwächlicher Anbiederung an den Korsen, in einen wehmütigen, pazifistischen Demokraten umzufälschen. Die falschen Töne waren offenkundig in einem Augenblick, in dem infolge des seit zwölf Jahren betriebenen Mißbrauchs der kommunalen Selbstverwaltung durch kurzsichtige Parteipolitiker Steins großer Gedanke völlig verwirtschaftet war. Staatsaufsicht, Zwangsetats, Zwangssteuern für die deutschen Gemeinden im Zeichen des Gedenkens an den Freiherrn vom Stein!

Aehnliches gilt von einem Gedenktag, der unsere engere Heimat angeht. Am 4. September feiert Sachsen den 100. Jahrestag seiner Verfassung. Und wenige Tage vorher beschließt die Reichsregierung eine Ermächtigung zum Erlaß von Notverordnungen für die Länderregierungen, die praktisch das vornehmste Recht der Länderparlamente, das Recht, den Staatshaushalt zu beschließen, beseitigt. Nach hundertjährigem Bestand werden die demokratischen Verfassungsrechte des Volkes durch einen Federzug in Berlin beseitigt, und wir stehen wieder dort, wo wir am Anfang gestanden haben. Nur ist an die Stelle des absoluten Fürsten der Absolutismus der Ministerien getreten. Ja, in mancher Hinsicht hat heute der Ministerpräsident eines Landes mehr Machtbefugnisse, als früher der absolute Fürst. Dessen Rechte waren durch zahllose Privilegien und Gerechtsame der einzelnen Stände, der Landschaften, der Städte eingeengt. Der Ministerpräsident kann heute auch sogenannte wohlerworbene Rechte mühelos auf Grund der Ermächtigungen des Reichskabinetts aufheben. Ausdrücklich wird ihm bescheinigt, daß er dabei vom bestehenden Landesrecht abweichen kann. Nur eines hat ihm die Reichsregierung bis auf weiteres nicht gewährt: das Recht, neue Steuern zu erlassen. Das bleibt das Privileg des Reiches. Dagegen hat der Ministerpräsident die Befugnis, nicht nur den Etat seines Landes, sondern auch die Gemeindehaushalte durch einschneidende Sparmaßnahmen auszugleichen. Als ein besonders ergiebiges Feld erscheint der Reichsregierung die Kürzung der Gehälter und Löhne. Die Länder haben damit die Möglichkeit, nicht nur die Gesamtheit der Personalausgaben einheitlich ohne Befragen der Landtage herabzusetzen, sie können auch einzelne Gehaltsposten stärker kürzen oder ganz streichen. Ja, sie können eine einschneidende Verwaltungsreform, Aufhebung von Behörden, ihre Zusammenlegung und Abbaumaßnahmen durchführen, ohne daß die Volksvertretung darum gefragt werden muß.

Nachdem also der schrankenlose Parlamentarismus im Reiche in zwölf Jahren gründlichst abgewirtschaftet hat, folgen ihm nun die Länderparlamente nach. Zunächst eine Folge der Tatsache, daß in Zeiten der Not die Verantwortungsscheu und der Fraktionsgeist der Parlamente viel zu groß ist, um die Maßnahmen zu treffen, die den bergab rasenden Staatswagen vor dem Abgrund zu bremsen vermögen. Die Frage, ob der Artikel 48 der Weimarer Verfassung der Reichsregierung überhaupt das Recht gibt, praktisch auch wesentliche Bestandteile der Länderverfassungen außer Kraft zu setzen, wird in unserer Lage schon gar nicht mehr gestellt. Es wäre ja auch nur ein geringer Trost, beim Gedächtnis der 100jährigen sächsischen Verfassung zu wissen, daß der Festbeitrag Berlins staatsrechtlich nicht vertretbar ist. Not kennt kein Gebot, das ist der Grundsatz, der die Stunde regiert. Aus dem Extrem des schrankenlosen Parlamentarismus sind wir, einem ehernen Pendelgesetz folgend, in das andere Extrem der Ausschaltung jedes kontrollierenden Volkswillens gefallen. Wir wollen dabei nicht vergessen, daß neben dem Diktat von Versailles, der Tributerfüllung und der sich daraus entwickelnden Krise der Weltwirtschaft, der schrankenlose Parlamentarismus in Reich, Ländern und Gemeinden viel Schuld an den heutigen Zuständen trägt. Die Verschwendung und Großmannssucht der öffentlichen Körperschaften, das Bestreben der Mehrheitsparteien, dem Vater Staat immer neue Aufgaben aufzubürden und ihn zu einem Wohlfahrtsinstitut mit unbegrenztem Aufgabenbereich auszubauen, hat mit zu jener Ausgabenaufblähung geführt, die schließlich fast die Hälfte des Volkseinkommens in Form von Steuern verzehrte und namentlich in den Gemeinden eine Schuldenlast anhäufte, unter deren Zinsendruck wir gegenwärtig so schwer leiden. Die treibende Kraft für alle diese Fehler ist unbestreitbar